

22. 01. 93

Fz – In

15 Seiten

Gesetzentwurf

der Bundesregierung

Entwurf eines Gesetzes

zu dem Vertrag vom 29. Juli 1992

zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Polen

über die Zusammenarbeit und die gegenseitige Unterstützung der Zollverwaltungen

A. Zielsetzung

Der Vertrag soll die Rechtsgrundlage für die im Interesse beider Staaten erforderliche Zusammenarbeit und gegenseitige Unterstützung der Zollverwaltungen schaffen.

B. Lösung

Der Vertrag sieht die Zusammenarbeit der beiden Zollverwaltungen insbesondere zur Verhinderung, Ermittlung und Verfolgung von Zuwiderhandlungen gegen die Zollvorschriften der beiden Staaten vor.

Gemäß Artikel 59 Abs. 2 Satz 1 des Grundgesetzes bedarf es eines Vertragsgesetzes als Voraussetzung für die Ratifikation.

C. Alternativen

Keine

D. Kosten

Keine

Fristablauf: 05. 03. 93

22. 01. 93

Fz – In

Gesetzentwurf

der Bundesregierung

**Entwurf eines Gesetzes
zu dem Vertrag vom 29. Juli 1992
zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Polen
über die Zusammenarbeit und die gegenseitige Unterstützung der Zollverwaltungen**

Bundesrepublik Deutschland
Der Bundeskanzler
021 (43) – 653 04 – Zo 197/93

Bonn, den 22. Januar 1993

An den
Präsidenten des Bundesrates

Hiermit übersende ich gemäß Artikel 76 Abs. 2 des Grundgesetzes den von der Bundesregierung beschlossenen

Entwurf eines Gesetzes zu dem Vertrag vom 29. Juli 1992 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Polen über die Zusammenarbeit und die gegenseitige Unterstützung der Zollverwaltungen

mit Begründung und Vorblatt.

Federführend ist das Bundesministerium der Finanzen.

Kohl

**Entwurf
Gesetz
zu dem Vertrag vom 29. Juli 1992
zwischen der Bundesrepublik Deutschland
und der Republik Polen
über die Zusammenarbeit und die gegenseitige Unterstützung der Zollverwaltungen
Vom**

Der Bundestag hat das folgende Gesetz beschlossen:

Artikel 1

Dem in Warschau am 29. Juli 1992 unterzeichneten Vertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Polen über die Zusammenarbeit und die gegenseitige Unterstützung der Zollverwaltungen wird zugestimmt. Der Vertrag wird nachstehend veröffentlicht.

Artikel 2

- (1) Dieses Gesetz tritt am Tage nach seiner Verkündung in Kraft.
- (2) Der Tag, an dem der Vertrag nach seinem Artikel 17 Abs. 2 in Kraft tritt, ist im Bundesgesetzblatt bekanntzugeben.

Begründung zum Vertragsgesetz

Zu Artikel 1

Auf den Vertrag findet Artikel 59 Abs. 2 Satz 1 des Grundgesetzes Anwendung, da er sich auf Gegenstände der Bundesgesetzgebung bezieht.

Zu Artikel 2

Die Bestimmung des Absatzes 1 entspricht dem Erfordernis des Artikels 82 Abs. 2 des Grundgesetzes.

Nach Absatz 2 ist der Zeitpunkt, in dem der Vertrag nach seinem Artikel 17 Abs. 2 in Kraft tritt, im Bundesgesetzblatt bekanntzugeben.

Schlußbemerkung

Bund, Länder und Gemeinden werden durch die Ausführung des Gesetzes nicht mit zusätzlichen Kosten belastet, da Gegenstand des Vertrages zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Polen ausschließlich die Förderung der beiderseitigen Zusammenarbeit ist.

Aufgrund der verbesserten Zusammenarbeit ist grundsätzlich tendenziell mit höheren Steuereinnahmen zu rechnen. Die dadurch erzielten Mehreinnahmen sind aber zahlenmäßig auf Einzelfälle beschränkt und vom Umfang her gemessen am Steueraufkommen im gesamten grenzüberschreitenden Verkehr so gering, daß davon keine spürbaren Veränderungen des Nachfrageverhaltens und insoweit auch keine meßbaren preislichen Auswirkungen ausgelöst werden.

Vertrag
zwischen der Bundesrepublik Deutschland
und der Republik Polen
über die Zusammenarbeit und die gegenseitige Unterstützung der Zollverwaltungen

Umowa
między Republiką Federalną Niemiec
a Rzeczpospolitą Polską
o współpracy i wzajemnej pomocy administracji celnych

Die Bundesrepublik Deutschland
und
die Republik Polen –

Republika Federalna Niemiec
i
Rzeczpospolita Polska

auf der Grundlage des Vertrags vom 17. Juni 1991 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Polen über gute Nachbarschaft und freundschaftliche Zusammenarbeit,

im Geiste des Abkommens vom 15. Dezember 1950 über die Gründung eines Rates für die Zusammenarbeit auf dem Gebiete des Zollwesens,

in Anerkennung der Bedeutung der gegenseitigen Unterstützung der Zollverwaltungen,

in dem Bestreben, durch eine Zusammenarbeit der Zollverwaltungen den Warenverkehr über die Grenze zu erleichtern und zu beschleunigen,

in der Überzeugung, daß die Beachtung der Zollvorschriften eine sehr wichtige Grundregel des internationalen Handels ist und daß die Zusammenarbeit der Zollverwaltungen dazu beitragen wird, die Zuwiderhandlungen gegen die Zollvorschriften wirksamer zu bekämpfen –

sind wie folgt übereingekommen:

Artikel 1

(1) „Zollvorschriften“ sind Rechtsvorschriften der Vertragsparteien über die Ein-, Aus- und Durchfuhr von Waren, die mit Zöllen, Steuern sowie anderen Abgaben belastet sind oder Gegenstand von Verboten, Beschränkungen sowie anderen Regelungen sind, die den Warenverkehr über die Grenze betreffen.

(2) „Zollverwaltungen“ sind in der Bundesrepublik Deutschland die Bundeszollverwaltung und in der Republik Polen der Präsident des Hauptamtes für Zölle und die ihm unterstellten Dienststellen.

(3) „Zollzuwiderhandlungen“ sind sowohl vollendete als auch versuchte Verstöße gegen die Zollvorschriften.

Artikel 2

(1) Die Zollverwaltungen der Vertragsparteien leisten sich gegenseitig im Rahmen ihrer Zuständigkeiten nach Maßgabe ihrer innerstaatlichen Rechtsvorschriften Unterstützung nach diesem Vertrag

a) um den Warenverkehr über die Grenze zu erleichtern und zu beschleunigen,

na podstawie Traktatu z 17 czerwca 1991 roku między Republiką Federalną Niemiec i Rzeczpospolitą Polską o dobrym sąsiedztwie i przyjaznej współpracy,

zgodnie z duchem Konwencji z dnia 15 grudnia 1950 roku o utworzeniu Rady Współpracy Celnej,

uznając znaczenie wzajemnej pomocy pomiędzy administracjami celnymi,

zmierzając do ułatwienia i przyspieszenia obrotu towarowego przez granicę w wyniku współdziałania administracji celnych,

w przeświadczeniu, że przestrzeganie przepisów celnych jest jedną z ważniejszych zasad handlu międzynarodowego i że współpraca administracji celnych przyczyni się do skuteczniejszego zwalczania działań sprzecznych z tymi przepisami,

uzgodniły co następuje:

Artykuł 1

1. „Przepisy celne” – oznaczają przepisy prawne Umawiających się Stron, które mają zastosowanie w przywozie, wywozie i przewozie towarów objętych cłami, podatkami oraz innymi opłatami lub będących przedmiotem zakazów, ograniczeń oraz innych uregulowań dotyczących przemieszczania przez granicę towarów.

2. „Administracje celne” – oznaczają w Republice Federalnej Niemiec – Federalny Zarząd Cel, a w Rzeczypospolitej Polskiej Prezesa Głównego Urzędu Cel i podległe mu służby.

3. „Działania sprzeczne z przepisami celnymi” – oznaczają zarówno dokonane, jak i usiłowane czyny naruszające przepisy celne.

Artykuł 2

1. Administracje celne Umawiających się Stron udzielają sobie wzajemnej pomocy zgodnie z postanowieniami niniejszej Umowy, w ramach swoich kompetencji, stosownie do wewnętrznych przepisów prawnych:

a) w celu ułatwienia i przyspieszenia obrotu towarowego przez granicę,

- b) um Zuwiderhandlungen gegen die Zollvorschriften zu verhindern, zu ermitteln und zu verfolgen,
- c) um eine zutreffende Erhebung der Zölle, Steuern und anderen Abgaben sicherzustellen.

(2) Dieser Vertrag berührt nicht Regelungen zur Zusammenarbeit der Vertragsparteien, die in anderen Übereinkünften enthalten sind.

Artikel 3

Die Zollverwaltungen der Vertragsparteien arbeiten gemäß den Bestimmungen dieses Vertrags zusammen und treffen im Rahmen ihrer Rechtsvorschriften im gegenseitigen Einvernehmen die erforderlichen Maßnahmen, um Zollformalitäten zu vereinfachen und dadurch den Warenverkehr zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Polen zu erleichtern und zu beschleunigen.

Die Zuständigkeiten der Europäischen Gemeinschaften bleiben unberührt.

Artikel 4

(1) Die Zollverwaltungen der Vertragsparteien erteilen einander auf Ersuchen alle Informationen über festgestellte Handlungen (vollendet oder geplant), die gegen die Zollvorschriften verstoßen oder verstoßen können. Sie übermitteln dazu beweiskräftige Dokumente in Urschrift oder beglaubigter Ablichtung.

(2) Die Zollverwaltungen der Vertragsparteien

- a) tauschen Erfahrungen hinsichtlich ihrer Tätigkeiten sowie Erkenntnisse über neue Mittel und Methoden der Begehung von Zuwiderhandlungen gegen die Zollvorschriften aus,
- b) unterrichten sich gegenseitig über wesentliche Änderungen ihrer Zollvorschriften sowie die Anwendung von technischen Hilfsmitteln und Methoden durch ihre Zollverwaltungen und erörtern Fragen von beiderseitigem Interesse.

Artikel 5

(1) Die Zollverwaltungen der Vertragsparteien erteilen einander auf Ersuchen jede Bescheinigung, durch die bestätigt wird, daß Waren, die aus dem Hoheitsgebiet einer Vertragspartei in das Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei ausgeführt werden, ordnungsgemäß in das Hoheitsgebiet der letztgenannten Vertragspartei eingeführt worden sind; in der Bescheinigung werden nach Möglichkeit Art und Daten der Zollabfertigung angegeben, auf deren Grundlage die Waren eingeführt worden sind.

(2) Die Zollverwaltungen der Vertragsparteien führen auf Ersuchen in Verfahren wegen Zuwiderhandlungen gegen die Zollvorschriften auch Überprüfungen, Feststellungen oder Ermittlungen durch und informieren über das Ergebnis die ersuchende Zollverwaltung. Sie informieren sich auch darüber, ob die den Zollbehörden vorgelegten Urkunden und Schriftstücke echt und inhaltlich zutreffend sind.

Artikel 6

(1) Die Zollverwaltung einer Vertragspartei wird auf Ersuchen der Zollverwaltung der anderen Vertragspartei unter Beachtung des jeweils geltenden Rechts dem Adressat alle die Anwendung der Zollvorschriften betreffenden Bescheide und Entscheidungen der Zollbehörden bekanntgeben oder zustellen.

(2) In einem Bekanntgabeersuchen oder Zustellungersuchen ist abweichend von Artikel 7 eine Sachverhaltsdarstellung enthalten.

(3) Die Bekanntgabe oder Zustellung eines Schriftstücks ist durch eine mit der Angabe des Datums versehene Empfangsbestätigung des Adressaten nachzuweisen. Bei einer anderen als der direkten Bekanntgabe oder Zustellung ist eine Information

- b) w celu zapobiegania, prowadzenia dochodzenia i ścigania działań sprzecznych z przepisami celnymi,
- c) w celu zapewnienia pobierania we właściwej wysokości cel, podatków i innych opłat.

2. Umowa niniejsza nie narusza przepisów dotyczących współpracy Umawiających się Stron, zawartych w innych umowach.

Artykuł 3

Administracje celne Umawiających się Stron, współpracując zgodnie z postanowieniami niniejszej Umowy, za obopólnym porozumieniem, i w ramach swoich przepisów prawnych podejmują właściwe środki w celu uproszczenia formalności celnych, aby ułatwić i przyspieszyć obrót towarowy pomiędzy Republiką Federalną Niemiec a Rzeczpospolitą Polską.

Nie narusza to kompetencji Wspólnot Europejskich.

Artykuł 4

1. Administracje celne Umawiających się Stron – na wniosek – udzielają sobie wzajemnie wszelkich informacji o stwierdzonych (dokonanych lub planowanych) działaniach wykraczających lub mogących wykraczać przeciwko przepisom celnym oraz przekazują dokumenty mające wartość dowodową w oryginale lub ich uwierzytelnionej kopii.

2. Administracje celne Umawiających się Stron:

- a) wymieniają doświadczenia ze swej działalności, a także spostrzeżenia o nowych środkach i metodach popełniania działań sprzecznych z przepisami celnymi,
- b) informują się wzajemnie o istotnych zmianach w swoich przepisach celnym, a także na temat stosowania przez administracje celne pomocniczych środków technicznych i metod oraz omawiają problemy stanowiące przedmiot wspólnego zainteresowania.

Artykuł 5

1. Administracje celne Umawiających się Stron na wniosek drugiej Strony przekazują sobie wzajemnie wszelkie zaświadczenia potwierdzające, że towary, które są wywożone z terytorium jednej Strony na terytorium drugiej Strony zostały wwieszone na terytorium tej ostatniej Strony w sposób zgodny z prawem; w zaświadczeniu podane będą – o ile to możliwe – rodzaj i dane dotyczące odprawy celnej, na podstawie której towary zostały wwieszone.

2. Administracje celne Umawiających się Stron – na wniosek – przeprowadzają w sprawach o naruszenia przepisów celnych kontrole, ustalenia lub dochodzenia i o ich wynikach informują administrację celną, która wystąpiła z takim wnioskiem. Informują się również o tym, czy przedkładane organom celnym dokumenty i pisma są prawdziwe i właściwe pod względem treści.

Artykuł 6

1. Administracja celna jednej Umawiającej się Strony, na wniosek administracji celnej drugiej Umawiającej się Strony, przestrzegając każdorazowo obowiązującego prawa, przekazywać będzie do wiadomości lub doręczać adresatowi wszystkie rozstrzygnięcia i decyzje organów celnych dotyczące stosowania przepisów celnych.

2. We wniosku o przekazanie do wiadomości lub o doręczenie – odmiennie od postanowień artykułu 7 – nie jest wymagane przedstawienie meritum sprawy.

3. Przekazanie do wiadomości lub doręczenie dokumentu powinno być poświadczane potwierdzeniem odbioru przez adresata z podaniem daty, a w przypadku przekazania lub doręczenia w inny sposób niż bezpośrednio – należy poinformować admini-

über die Form und den Zeitpunkt der Bekanntgabe oder Zustellung von der ersuchten Zollverwaltung abzugeben. Falls eine Bekanntgabe oder Zustellung nicht möglich ist, wird das Schriftstück unter Angabe der Hinderungsgründe an die ersuchende Zollverwaltung zurückgesandt.

Artikel 7

(1) Das Ersuchen ist schriftlich in der Amtssprache der ersuchenden Vertragspartei zu stellen, wobei eine Übersetzung in die Amtssprache der ersuchten Vertragspartei möglichst beizufügen ist. Die zur Durchführung des Ersuchens erforderlichen Schriftstücke einschließlich etwaiger ihm zugrunde liegender Verfügungen oder Entscheidungen der zuständigen Zollbehörde sind in Urschrift oder beglaubigter Ablichtung beizufügen.

(2) Das Ersuchen oder die ihm nach Absatz 1 beizufügenden Schriftstücke sollen folgende Angaben enthalten:

- a) die Zollbehörde, bei der das dem Ersuchen zugrunde liegende Verfahren anhängig ist,
- b) die Art und den Sachverhalt des Verfahrens unter Angabe der Zuwiderhandlungen gegen die Zollvorschriften,
- c) die rechtlichen und tatsächlichen Gründe des Ersuchens,
- d) die zur Erteilung einer Antwort notwendigen Personaldaten und Anschriften der am Verfahren Beteiligten.

Artikel 8

Die Zollverwaltungen der Vertragsparteien erteilen einander unaufgefordert und schnellstmöglich alle Informationen über festgestellte Handlungen (vollendet oder geplant), die gegen die Zollvorschriften der anderen Vertragspartei verstoßen oder verstoßen können, auf den Gebieten

- a) des Verkehrs mit Waffen, Munition und Sprengstoffen sowie Kulturgütern,
- b) der Ein-, Aus- und Durchfuhr von Giftstoffen und umweltbelastenden Stoffen und
- c) des Verkehrs mit hoch zu verzollenden oder hochsteuerbaren Waren, insbesondere Alkohol- und Tabakerzeugnissen.

Artikel 9

(1) Die Zollverwaltungen der Vertragsparteien erteilen einander zur Intensivierung der Verhinderung, Ermittlung und Verfolgung des Schmuggels und illegalen Handels mit Suchtstoffen und psychotropen Stoffen auch ohne Ersuchen so schnell wie möglich Auskünfte über

- a) Personen, von denen bekannt ist oder die im Verdacht stehen, daß sie sich mit dem Schmuggel dieser Stoffe befassen,
- b) Land-, Wasser- und Luftfahrzeuge, von denen bekannt ist oder die im Verdacht stehen, daß sie zum Schmuggel dieser Stoffe verwendet werden.

(2) Die Zollverwaltungen der Vertragsparteien erteilen sich auch unaufgefordert Auskünfte über die beim illegalen Handel mit Suchtstoffen und psychotropen Stoffen angewandten Schmuggelmethoden und -verfahren sowie über Erfolge neuer Kontrollmethoden.

(3) Die nach den Absätzen 1 und 2 erhaltenen Auskünfte, Mitteilungen und Schriftstücke dürfen an andere mit der Bekämpfung der Rauschgiftsucht und des illegalen Handels mit Suchtstoffen und psychotropen Stoffen befaßte Verwaltungen und Strafverfolgungsbehörden der Vertragsparteien weitergegeben werden.

(4) Suchtstoffe im Sinne dieses Vertrags sind die Stoffe, die unter das Einheits-Übereinkommen von 1961 vom 30. März 1961 über Suchtstoffe in seiner jeweils geltenden Fassung fallen. Psychotrope Stoffe im Sinne dieses Vertrags sind Stoffe, die unter das Übereinkommen vom 21. Februar 1971 über psychotrope Stoffe in seiner jeweils geltenden Fassung fallen.

stracę celną, która skierowała wniosek – o sposobie i dacie przekazania lub doręczenia. Jeżeli doręczenie lub przekazanie nie jest możliwe, dokument podlega zwrotowi administracji celnej składającej wniosek z podaniem powodów niedoręczenia.

Artykuł 7

1. Wniosek o udzielenie pomocy należy przedstawić na piśmie w języku urzędowym Strony zwracającej się; w miarę możliwości należy załączyć tłumaczenie na język urzędowy Strony, do której wniosek jest skierowany. Dokumenty konieczne do załatwienia wniosku, łącznie z ewentualnymi, leżącymi u jego podstaw za rządzeniami lub decyzjami właściwego organu celnego, należy załączyć w oryginale lub uwierzytelnionej kopii.

2. Wniosek lub załączone do niego, zgodnie z ustępem 1, dokumenty powinny zawierać następujące informacje:

- a) określenie organu celnego, który prowadzi postępowanie będące podstawą wniosku,
- b) rodzaj i stan faktyczny postępowania z podaniem działań sprzecznych z przepisami celnymi,
- c) prawne i faktyczne przyczyny złożenia wniosku,
- d) niezbędne do udzielenia odpowiedzi dane personalne i adresy osób objętych postępowaniem.

Artykuł 8

Administracje celne Umawiających się Stron z własnej inicjatywy, tak szybko jak to możliwe, udzielają sobie wszelkich informacji na temat stwierdzonych (dokonanych lub planowanych) działań naruszających lub mogących naruszyć przepisy celne drugiej Umawiającej się Strony w następujących dziedzinach:

- a) obrotu bronią, amunicją i materiałami wybuchowymi oraz dobrami kultury,
- b) przywozu, wywozu i przewozu przez granicę substancji trujących i zanieczyszczających środowisko naturalne,
- c) obrotu towarami podlegającymi wysokim opłatom celnym lub podatkowym, w tym zwłaszcza alkoholem i wyrobami tytoniowymi.

Artykuł 9

1. W celu zintensyfikowania zapobiegania, wykrywania i ścigania przemytu i nielegalnego obrotu środkami odurzającymi i psychotropowymi, administracje celne Umawiających się Stron udzielają sobie, również z własnej inicjatywy, tak szybko jak to możliwe, informacji dotyczącej:

- a) osób, co do których wiadomo lub zachodzi podejrzenie, że zajmują się przemytem tych środków,
- b) lądowych, wodnych i powietrznych środków transportu, co do których wiadomo lub zachodzi podejrzenie, że są używane do przemytu tych środków.

2. Administracje celne Umawiających się Stron udzielają sobie, również z własnej inicjatywy, informacji o metodach i sposobach stosowanych w nielegalnym obrocie środkami odurzającymi i psychotropowymi oraz o osiągnięciach w zakresie nowych metod kontroli.

3. Informacje i dokumenty uzyskane na podstawie ustępów 1 i 2 mogą być przekazywane innym organom administracji państwowej i organom ścigania Umawiających się Stron, zajmującym się zwalczaniem narkomanii oraz nielegalnego obrotu środkami odurzającymi i psychotropowymi.

4. Środkami odurzającymi, w rozumieniu niniejszej Umowy, są środki wymienione w Jednolitej Konwencji o środkach odurzających z dnia 30 marca 1961 roku, w jej obowiązującej wersji. Środkami psychotropowymi, w rozumieniu niniejszej Umowy, są środki wymienione w Konwencji o środkach psychotropowych z dnia 21 lutego 1971 roku, w jej obowiązującej wersji.

Artikel 10

Die Übermittlung von personenbezogenen Daten aufgrund dieses Vertrags erfolgt nach Maßgabe des nationalen Rechts. Diese Übermittlung unterliegt den in der Anlage aufgeführten Regelungen unter Beachtung der für jede Vertragspartei geltenden Rechtsvorschriften.

Artikel 11

(1) Ist die ersuchte Zollverwaltung der Ansicht, daß die Erledigung eines Ersuchens geeignet ist, die Souveränität, die Sicherheit, die öffentliche Ordnung oder andere wesentliche staatliche Interessen zu beeinträchtigen, so kann sie die Unterstützung ganz oder teilweise verweigern oder von der Einhaltung bestimmter Bedingungen oder Auflagen abhängig machen.

(2) Soweit einem Ersuchen nicht entsprochen werden kann, wird die ersuchende Zollverwaltung so schnell wie möglich unter Angabe der Hinderungsgründe davon unterrichtet. Falls der ersuchten Zollverwaltung anderweitige Erkenntnisse vorliegen, die für das weitere Verfahren der ersuchenden Zollverwaltung von Bedeutung sein könnten, wird sie diese Erkenntnisse der ersuchenden Zollverwaltung mitteilen.

(3) Wird ein Ersuchen um Unterstützung gestellt, welche die ersuchende Zollverwaltung im umgekehrten Fall zu leisten nicht imstande wäre, so hat sie in dem Ersuchen darauf hinzuweisen. Die ersuchte Zollverwaltung kann einem derartigen Ersuchen nach eigenem Ermessen entsprechen.

Artikel 12

Die Zollverwaltungen der Vertragsparteien dürfen die nach diesem Vertrag erhaltenen Auskünfte und Schriftstücke ausschließlich in internen Verfahren der Zollbehörden sowie in Gerichtsverfahren, einschließlich der Verfahren, die von der Staatsanwaltschaft oder unter ihrer Aufsicht geführt werden, als Beweismittel benutzen. Der Beweiswert dieser Auskünfte und Schriftstücke sowie ihre Verwendung vor Gericht richten sich nach dem Recht der Vertragspartei, die eine Verwendung betreibt.

Artikel 13

Bei der Durchführung der Unterstützungsmaßnahmen und der Erledigung der Ersuchen sind die Rechtsvorschriften der ersuchten Vertragspartei anzuwenden. Dabei gilt die Übermittlung von Kopien von Schriftstücken und sonstigen Unterlagen als eine Art der Auskunftserteilung. Bei Überprüfungen, Feststellungen und Ermittlungen verfährt die ersuchte Zollverwaltung, ohne Zwangsmaßnahmen wie Beschlagnahmen und Durchsuchungen, so, als ob sie in Erfüllung eigener Aufgaben handeln würde.

Artikel 14

(1) Die in diesem Vertrag vorgesehene Unterstützung findet unmittelbar zwischen den Zollverwaltungen der Vertragsparteien statt.

(2) Ist die ersuchte Zollverwaltung für die erbetene Unterstützung nicht zuständig, so unterrichtet sie hiervon die ersuchende Zollverwaltung und leitet das Ersuchen mit deren Zustimmung gegebenenfalls an andere, zuständige Behörden weiter.

Artikel 15

Die Zollverwaltungen der Vertragsparteien erstatten sich gegenseitig nur die Auslagen für Zeugen, Sachverständige sowie für freiberufliche Dolmetscher und Übersetzer.

Artikel 16

(1) Die Zollverwaltungen der Vertragsparteien können im Rahmen dieses Vertrags die zu seiner Durchführung erforderlichen Maßnahmen unmittelbar miteinander abstimmen.

Artykuł 10

Przekazywanie danych identyfikacyjno-osobowych stosownie do niniejszej Umowy odbywa się zgodnie z przepisami wewnętrznymi; przekazywanie to podlega uregulowaniom zawartym w załączniku z uwzględnieniem przepisów prawnych obowiązujących każdą z Umawiających się Stron.

Artykuł 11

1. Jeżeli administracja celna Umawiającej się Strony, do której skierowano wniosek uzna, że jego załatwienie naruszyłoby suwerenność, bezpieczeństwo, porządek publiczny lub inne żywotne interesy państwowe, może ona częściowo lub całkowicie odmówić pomocy lub uzależnić jej udzielenie od spełnienia określonych warunków.

2. Jeżeli wniosek nie może być uwzględniony, występująca z nim administracja celna, tak szybko jak to jest możliwe, zostanie o tym powiadomiona z podaniem przyczyn nieuwzględnienia. O ile administracji celnej, do której skierowano wniosek znane są inne okoliczności, które mogłyby mieć znaczenie w dalszym postępowaniu prowadzonym przez administrację celną wnioskującą, należy ją o tych okolicznościach powiadomić.

3. Jeżeli wystosowano wniosek o udzielenie pomocy, którego występująca z nim administracja celna sama nie mogłaby zrealizować, jest ona zobowiązana wskazać na ten fakt w tym wniosku. Administracja celna, do której wystąpiono z wnioskiem może go wówczas uwzględnić według własnego uznania.

Artykuł 12

Administracje celne Umawiających się Stron mogą wykorzystywać jako środki dowodowe otrzymane w myśl niniejszej Umowy informacje oraz dokumenty wyłącznie w postępowaniach wewnętrznych przed organami celnymi oraz w postępowaniu sądowym, włączając w to postępowanie prowadzone przez lub pod nadzorem organów prokuratury. Wartość dowodowa tych informacji i dokumentów oraz ich wykorzystanie w postępowaniu sądowym zależy od prawa tej Umawiającej się Strony, która przewiduje tego rodzaju wykorzystanie.

Artykuł 13

Podczas realizacji przedsięwzięć związanych z udzielaniem pomocy i załatwianiem wniosku zastosowanie mają przepisy prawne tej Umawiającej się Strony, do której wniosek został skierowany, przy czym przekazywanie kopii pism oraz innych dokumentów jest traktowane jako sposób udzielania informacji. Podczas dokonywania kontroli, ustalania stanu faktycznego i dochodzenia, administracja celna Umawiającej się Strony załatwiająca wniosek postępuje tak, jakby wykonywała zadania własne, z wyłączeniem stosowania środków przymusu takich jak zajęcie mienia i przeszukanie.

Artykuł 14

1. Udzielanie pomocy przewidziane niniejszą Umową odbywa się bezpośrednio między administracjami celnymi Umawiających się Stron.

2. Jeżeli administracja celna, do której skierowany został wniosek, nie jest kompetentna w danej sprawie, wówczas powiadamia o tym administrację celną, która wniosek wystosowała, i za jej zgodą przekazuje wniosek innym, kompetentnym organom.

Artykuł 15

Administracje celne Umawiających się Stron zwracają sobie tylko poniesione wydatki na świadków, ekspertów oraz tłumaczy pracujących w wolnym zawodzie.

Artykuł 16

1. Administracje celne Umawiających się Stron mogą w ramach niniejszej Umowy uzgadniać bezpośrednio ze sobą przedsięwzięcia potrzebne do jej realizacji.

(2) Meinungsverschiedenheiten über die Auslegung oder Anwendung dieses Vertrags sollen durch die Zollverwaltungen der Vertragsparteien gelöst werden. Dies schließt den diplomatischen Weg nicht aus.

Artikel 17

(1) Dieser Vertrag bedarf der Ratifikation; die Ratifikationsurkunden werden in Bonn ausgetauscht.

(2) Dieser Vertrag tritt einen Monat nach Austausch der Ratifikationsurkunden in Kraft.

(3) Dieser Vertrag wird auf unbestimmte Zeit geschlossen. Er kann jederzeit auf diplomatischem Weg durch Note gekündigt werden. In diesem Fall tritt er sechs Monate nach seiner Kündigung außer Kraft.

2. Różnice zdań w wykładni lub stosowaniu niniejszej Umowy powinny być usuwane przez administracje celne Umawiających się Stron. Nie wyłącza to drogi dyplomatycznej.

Artykuł 17

1. Umowa niniejsza podlega ratyfikacji. Wymiana dokumentów ratyfikacyjnych nastąpi w Bonn.

2. Umowa niniejsza wejdzie w życie po upływie miesiąca od dnia, w którym Umawiające się Strony dokonały wymiany dokumentów ratyfikacyjnych.

3. Umowa niniejsza zawarta jest na czas nieokreślony. Może być ona w każdym czasie wypowiedziana w drodze dyplomatycznej przez notyfikację. W takim przypadku traci moc po upływie 6 miesięcy od dnia wypowiedzenia.

Geschehen zu Warschau am 29. Juli 1992 in zwei Urschriften, jede in deutscher und polnischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

Sporządzono w Warszawie dnia 29 lipca 1992 roku w dwóch egzemplarzach, każdy w językach niemieckim i polskim, przy czym obydwa teksty posiadają jednakową moc.

Für die Bundesrepublik Deutschland

W imieniu

Republiki Federalnej Niemiec

Kinkel

Für die Republik Polen

W imieniu

Rzeczypospolitej Polskiej

Krzysztof Skubiszewski

**Regelungen,
die für die Zollverwaltungen der Bundesrepublik Deutschland
und der Republik Polen
bei der Übermittlung von personenbezogenen Daten gelten**

**Unormowania
obowiązujące administracje celne Republiki Federalnej Niemiec
i Rzeczypospolitej Polskiej
przy przekazywaniu danych identyfikacyjno-osobowych**

1. Die Nutzung der Daten durch den Empfänger ist nur zu dem angegebenen Zweck und zu den durch die übermittelnde Zollverwaltung vorgeschriebenen Bedingungen zulässig.
2. Der Empfänger unterrichtet die übermittelnde Zollverwaltung auf deren Ersuchen über die Verwendung der übermittelten Daten und über die dadurch erzielten Ergebnisse.
3. Personenbezogene Daten dürfen ausschließlich an die zuständigen Zollbehörden sowie an Strafverfolgungsbehörden übermittelt werden. Die weitere Übermittlung an andere Verwaltungen darf nur mit vorheriger Zustimmung der übermittelnden Zollverwaltung erfolgen.
4. Die übermittelnde Zollverwaltung ist verpflichtet, auf die Richtigkeit der zu übermittelnden Daten sowie auf ihre Erforderlichkeit und Verhältnismäßigkeit in bezug auf den mit der Übermittlung verfolgten Zweck zu achten. Dabei sind die nach dem jeweiligen nationalen Recht geltenden Übermittlungsverbote zu beachten. Erweist sich, daß unrichtige Daten oder Daten, die nicht übermittelt werden durften, übermittelt worden sind, so ist dies dem Empfänger unverzüglich mitzuteilen. Er ist verpflichtet, die Berichtigung oder Vernichtung der Daten vorzunehmen.
5. Dem Betroffenen ist auf Antrag über die zu seiner Person vorhandenen Informationen sowie über den vorgesehenen Verwendungszweck Auskunft zu erteilen. Diese Information wird jedoch nicht erteilt, soweit eine Abwägung ergibt, daß das öffentliche Interesse, die Auskunft nicht zu erteilen, das Interesse des Betroffenen überwiegt. Im übrigen richtet sich das Recht des Betroffenen, über die zu seiner Person vorhandenen Daten Auskunft zu erhalten, nach dem Recht der Vertragspartei, in deren Hoheitsgebiet die Auskunft beantragt wird.
6. Wird jemand infolge von Übermittlungen im Rahmen des Datenaustausches nach diesem Vertrag durch eine rechtswidrige Handlung geschädigt, haftet ihm hierfür der Empfänger nach Maßgabe seines innerstaatlichen Rechts. Er kann sich im Verhältnis zum Geschädigten zu seiner Entlastung nicht darauf berufen, daß der Schaden durch die übermittelnde Zollverwaltung verursacht worden ist.
7. Die übermittelnde Zollverwaltung weist bei der Übermittlung auf die nach ihrem innerstaatlichen Recht geltenden Löschungsfristen hin.
8. Die Vertragsparteien sind verpflichtet, die Übermittlung und den Empfang von personenbezogenen Daten aktenkundig zu machen.
9. Die Vertragsparteien sind verpflichtet, die übermittelten personenbezogenen Daten wirksam gegen unbefugten Zugang, gegen Änderungen ohne Zustimmung der übermittelnden Zollverwaltung und gegen unbefugte Weitergabe zu schützen.
1. Odbiorca może wykorzystać dane tylko do wskazanego celu i na warunkach określonych przez administrację celną przekazującą dane.
2. odbiorca informuje administrację celną przekazującą dane na jej wniosek o wykorzystaniu przekazanych danych i osiągniętych dzięki temu wynikach.
3. Dane identyfikacyjno-osobowe mogą być przekazywane wyłącznie właściwym organom celnym, jak również organom ścigania. Dalsze przekazywanie danych innym organom administracji państwowej może nastąpić tylko za zgodą administracji celnej, która dane przekazała.
4. Administracja celna przekazująca dane zobowiązana jest zwracać uwagę: na ich prawidłowość, przekazywać je w niezbędnym zakresie oraz proporcjonalnym stosunku do celu, dla jakiego są one przekazywane. Należy przy tym uwzględnić zakaz przekazywania danych zgodnie z obowiązującym prawem narodowym. Jeśli okaże się, że przekazano nieprawidłowe dane identyfikacyjno-osobowe lub dane, których nie wolno było przekazać, należy o tym niezwłocznie poinformować odbiorcę. Jest on zobowiązany do skorygowania lub zniszczenia danych.
5. Osobie zainteresowanej, na jej wniosek, należy udzielić informacji odnośnie danych jej dotyczących, jak również zamierzonym celu ich użycia. Informacji takiej nie udziela się jednak, jeżeli okaże się, że interes publiczny przemawiający za jej nieudzieleniem przeważa nad interesem osoby zainteresowanej. Poza tym osoba zainteresowana ma prawo uzyskać posiadane dane jej dotyczące zgodnie z prawem tej Umawiającej się Strony, na której terytorium złożono wniosek o udzielenie informacji.
6. Jeżeli ktoś poniósł szkodę na skutek niezgodnego z prawem działania dokonanego w ramach wymiany danych na podstawie niniejszej Umowy, odpowiedzialność ponosi strona, która dane otrzymała, zgodnie ze swoim prawem wewnętrznym. Strona ta nie może w celu odciążenia siebie, powoływać się wobec osoby poszkodowanej na to, że szkoda spowodowana została przez administrację celną przekazującą dane.
7. Administracja celna przekazująca dane wskazuje przy przekazywaniu danych na termin wymazania danych zgodnie z jej prawem.
8. Umawiające się Strony zobowiązane są do odnotowywania w aktach faktu przekazania i otrzymania danych identyfikacyjno-osobowych.
9. Umawiające się Strony są zobowiązane skutecznie chronić przekazane dane identyfikacyjno-osobowe przed dostępem do nich osób nieuprawnionych, zmianami bez upoważnienia administracji celnej przekazującej dane i udostępnianiem osobom niepowołanym.

Denkschrift zum Vertrag

I. Allgemeines

Mit dem Übergang zur marktwirtschaftlichen Wirtschaftsordnung in Mittel- und Osteuropa wachsen die wirtschaftlichen Verflechtungen auch im Verhältnis zu diesen Staaten. Damit verbunden ist ein stetig zunehmender zwischenstaatlicher Warenaustausch, zu dessen Vereinfachung und Beschleunigung wesentliche Erleichterungen bei der Grenzabfertigung eingeführt worden sind beziehungsweise werden. Diese Entwicklung erfordert im Interesse der am Außenhandel Beteiligten und ihrer Staaten eine enge und vertrauensvolle Zusammenarbeit der Zollverwaltungen.

Die Bundesrepublik Deutschland und die Republik Polen sind Mitglieder des Rates für die Zusammenarbeit auf dem Gebiete des Zollwesens – Brüsseler Zollrat – (vgl. BGBl. 1952 II S. 1, 19; 1953 II S. 1; 1975 II S. 27) und arbeiten in diesem Rahmen bereits zusammen. Die Möglichkeiten der gegenseitigen Unterstützung bei der Bekämpfung von Zuwiderhandlungen gegen die Zollvorschriften und der Zusammenarbeit in anderen Zollangelegenheiten auf der Grundlage der Empfehlungen des Brüsseler Zollrats sind wegen der Vielzahl der Mitgliedstaaten (zur Zeit 111) aber sehr eingeschränkt. Dasselbe gilt für die Regelungen über Amtshilfe im Zollbereich, die in dem Protokoll Nr. 6 zu dem Interimsabkommen über Handel und Handelsfragen zwischen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl einerseits und der Republik Polen andererseits (vgl. ABl. der EG Nr. L 114 vom 30. April 1992 S. 2, 145) enthalten sind. Das Protokoll regelt vor allem nicht die gegenseitige Unterstützung in den Bereichen der Verbote und Beschränkungen des grenzüberschreitenden Warenverkehrs, der Verbrauchsteuern sowie der Bekämpfung und Verfolgung von Zuwiderhandlungen gegen die Zollvorschriften einschließlich der Marktordnungsregelungen.

Grundlage für die Erhebung von Zöllen und anderen Ein- und Ausgangsabgaben, für die Erstattungen nach den Marktordnungsvorschriften sowie für die Überwachung der Einhaltung der Vorschriften über die Ein-, Aus- und Durchfuhr von Waren bilden die Angaben des Anmeldepflichtigen. Die Richtigkeit dieser Angaben kann im innerstaatlichen Bereich häufig nicht wirksam überprüft werden. Ohne eine enge Zusammenarbeit der Zollverwaltungen wären z. B. zuverlässige Ermittlungen des Ursprungs, des Transportweges, des Wertes, der Beschaffenheit von eingeführten Waren oder des Verbleibs von ausgeführten Waren vielfach nicht durchführbar. Dies würde in erster Linie internationalen Gesetzesbrechern zugute kommen, die als Intelligenztäter bei ihren illegalen zwischenstaatlichen Warengeschäften meist normale Geschäfts- und Verkehrswege benutzen, dabei aber die Zollverwaltungen durch Falschanmeldungen verschiedenster Art zu täuschen versuchen. Hierzu werden nicht selten ge- oder verfälschte Urkunden, Rechnungen und andere Unterlagen vorgelegt oder zeit- und kostenaufwendige Transportwege über mehrere Staaten gewählt, um die tatsächliche Herkunft oder den Verbleib von Waren und andere relevante Umstände zu verschleiern und dadurch eine Aufklärung des Sachverhalts zu verhindern. Ziel der gegenseitigen Unterstützung der Zollverwaltungen ist des-

halb die genaue Erhebung der Zölle und sonstigen Ein- und Ausgangsabgaben sowie die Einhaltung der Zollvorschriften sicherzustellen. Es soll ermöglicht werden, Zuwiderhandlungen gegen die Zollvorschriften auch jenseits der Grenzen wirksamer verhindern, ermitteln und verfolgen zu können. Die Zusammenarbeit dient nicht nur den fiskalischen Interessen, sondern zugleich den berechtigten Belangen der Wirtschaft und Landwirtschaft, weil illegale Ein- und Ausfuhr geeignet sind, den fairen Wettbewerb zu beeinträchtigen.

Die Bundesrepublik Deutschland hat deshalb bereits eine Anzahl von vertraglichen Vereinbarungen geschlossen, um eine wirksame Zusammenarbeit der Zollverwaltungen zu ermöglichen:

- a) das Übereinkommen vom 7. September 1967 zwischen Belgien, der Bundesrepublik Deutschland, Frankreich, Italien, Luxemburg und den Niederlanden über die gegenseitige Unterstützung ihrer Zollverwaltungen (BGBl. 1969 II S. 65), dem das Königreich Dänemark, Irland, das Vereinigte Königreich Großbritannien und Nordirland, Griechenland, Portugal und Spanien beigetreten sind,
- b) die Verträge vom 11. September 1970 und 12. Dezember 1979 mit Österreich über Rechts- und Amtshilfe in Zoll-, Verbrauchsteuer- und Monopolangelegenheiten (BGBl. 1971 II S. 1001; 1980 II S. 1244),
- c) die Verträge vom 18. Dezember 1972 und 31. Oktober 1975 mit Schweden über die gegenseitige Unterstützung in Zollangelegenheiten (BGBl. 1973 II S. 1241; 1976 II S. 1671),
- d) den Vertrag vom 23. August 1973 mit den Vereinigten Staaten von Amerika über die gegenseitige Unterstützung ihrer Zollverwaltungen (BGBl. 1975 II S. 445),
- e) den Vertrag vom 2. April 1974 mit Jugoslawien über die gegenseitige Unterstützung zur Verhinderung, Ermittlung und Verfolgung von Zuwiderhandlungen gegen die Zollvorschriften (BGBl. 1975 II S. 409),
- f) den Vertrag vom 11. Juli 1974 mit Norwegen über die gegenseitige Unterstützung in Zollangelegenheiten (BGBl. 1975 II S. 757),
- g) den Vertrag vom 16. Mai 1975 mit Finnland über die gegenseitige Unterstützung in Zollangelegenheiten (BGBl. 1976 II S. 545),
- h) den Vertrag vom 11. Oktober 1977 mit Island über die gegenseitige Unterstützung in Zollangelegenheiten (BGBl. 1978 II S. 853),
- i) den Vertrag vom 10. September 1984 mit Kanada über die gegenseitige Unterstützung und die Zusammenarbeit ihrer Zollverwaltungen (BGBl. 1985 II S. 826),
- j) den Vertrag vom 18. Dezember 1991 mit Ungarn über die gegenseitige Unterstützung der Zollverwaltungen (Ratifizierung noch nicht abgeschlossen).

Nach ersten Kontaktgesprächen im Dezember 1990 in Warschau fanden im Dezember 1991 ebenfalls in Warschau erste Verhandlungen über eine vertragliche Regelung der gegenseitigen Unterstützung statt. Beide Seiten

stimmten darin überein, daß eine enge und effektive Zusammenarbeit der Zollverwaltungen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Polen anzustreben ist, besonders zur Bekämpfung des Rauschgiftsmuggels, an der beide Staaten zum Schutz der öffentlichen Ordnung und der Volksgesundheit ein elementares Interesse haben. Um eine ausreichende Rechtsgrundlage für die im Interesse beider Staaten erforderliche gegenseitige Unterstützung zu schaffen, war der Abschluß eines Vertrags notwendig. Der Vertrag wurde am 29. Juli 1992 in Warschau unterzeichnet.

Die in dem Vertrag getroffenen Vereinbarungen entsprechen weitgehend den in den vorerwähnten Übereinkünften getroffenen Regelungen. Regelungen über die Vollstreckung und die Anwendung von Zwangsmaßnahmen (wie z. B. Durchsuchungen und Beschlagnahmen) wurden nicht für erforderlich gehalten. Bei den Vertragsverhandlungen bestand Einvernehmen darüber, daß der Vertrag nicht die justizielle Rechtshilfe umfaßt.

Ferner wurde sichergestellt, daß die Zuständigkeiten der Europäischen Gemeinschaften unberührt bleiben.

II. Besonderes

Artikel 1

Diese Bestimmung enthält Definitionen.

In Absatz 1 ist der Begriff „Zollvorschriften“ im Sinne des Vertrags erläutert. „Zollvorschriften“ sind danach alle Rechtsvorschriften über die Einfuhr, Ausfuhr und Beförderung von Waren über nationale Grenzen sowie alle sonstigen Rechtsvorschriften, die von der jeweiligen Zollverwaltung durchgesetzt oder ausgeführt werden. Dies sind vor allem die Rechtsvorschriften, die sich auf Zölle oder alle sonstigen Abgaben oder Erstattungen oder Verbote, Beschränkungen und Kontrollen des grenzüberschreitenden Warenverkehrs beziehen. Dazu gehören auch die in der Bundesrepublik Deutschland geltenden Vorschriften über Abschöpfungen und Erstattungen bei der Ein- und Ausfuhr von Erzeugnissen, für die gemeinsame Marktorganisationen oder Regelungen zur Ergänzung oder Sicherung solcher Marktorganisationen bestehen. Ferner gehören hierzu eine Vielzahl von Gesetzen nichtfiskalischer Art, die Verbote und Beschränkungen für die Ein-, Aus- und Durchfuhr von Waren enthalten, sowie die Vorschriften über strafrechtliche Verbringungsverbote und Verbringungsverbote aus Staatsschutzgründen.

In Absatz 2 wird festgestellt, daß „Zollverwaltungen“ im Sinne des Vertrags in der Bundesrepublik Deutschland die Bundeszollverwaltung und in der Republik Polen der Präsident des Hauptamtes für Zölle und die ihm unterstellten Dienststellen sind.

Nach Absatz 3 ist eine „Zollzuwiderhandlung“ im Sinne des Vertrags jeder Verstoß oder versuchte Verstoß gegen die Zollvorschriften.

Artikel 2

Der Anwendungsbereich des Vertrags wird in Artikel 2 bestimmt.

Nach Absatz 1 werden sich die Vertragsparteien gegenseitig nach Maßgabe der Bestimmungen dieses Vertrags und der jeweiligen innerstaatlichen Rechtsvorschriften über ihre Zollverwaltungen Unterstützung leisten. Die in-

nerstaatliche Zuständigkeit der deutschen Zollverwaltung wird dadurch nicht erweitert.

Ferner werden die Bereiche aufgeführt, in denen im Rahmen dieses Vertrags Unterstützung zu leisten ist. Es ist dies zunächst der Bereich der Erleichterung und der Beschleunigung der Grenzabfertigung. Dabei ist jedoch zu berücksichtigen, daß insoweit grundsätzlich die Zuständigkeit der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft gegeben ist (vgl. hierzu Artikel 3 Satz 2), so daß Fragen der Grenzabfertigung weitgehend im Einvernehmen mit der Europäischen Gemeinschaft zu regeln sein werden. Die übrigen Bereiche der Unterstützung betreffen Verfahren wegen Zuwiderhandlungen gegen die Zollvorschriften, soweit die Zollverwaltung dafür zuständig ist, sowie Ermittlungs-, Festsetzungs-, Rechtsbehelfs- und Rechtsmittelverfahren im Zusammenhang mit der Tarifierung, Bewertung und anderen für die Anwendung der Zollvorschriften wesentlichen Merkmalen.

Absatz 2 stellt klar, daß die Zusammenarbeit aufgrund anderer vertraglicher Verpflichtungen unberührt bleibt.

Artikel 3

Die hier vorgesehene Zusammenarbeit zur Erleichterung und Beschleunigung des Warenverkehrs setzt das gegenseitige Einvernehmen voraus. Dadurch und durch den Hinweis auf die Zuständigkeiten der Europäischen Gemeinschaften ist sichergestellt, daß insbesondere die Maßnahmen auf dem Gebiete der Vereinfachung von Zollformalitäten nicht bilateral getroffen werden können.

Artikel 4

Um die Einhaltung der Zollvorschriften insgesamt sicherzustellen und um Zuwiderhandlungen gegen die Zollvorschriften soweit wie möglich ermitteln, verhindern und verfolgen zu können, erteilen sich die Zollverwaltungen nach Absatz 1 unter Beifügung der in Betracht kommenden Unterlagen alle sachdienlichen Auskünfte.

Um Zuwiderhandlungen gegen die Zollvorschriften erfolgreich verhindern, ermitteln und verfolgen sowie die Verwaltungsabläufe so effektiv wie möglich gestalten zu können, sieht Absatz 2 vor, daß sich die Zollverwaltungen über neue Mittel und Methoden bei der Begehung von Zollzuwiderhandlungen sowie über wesentliche Änderungen ihrer Zollvorschriften und die Anwendung von technischen Hilfsmitteln unterrichten.

Artikel 5

Absatz 1 regelt die Erteilung von Bescheinigungen. Bei der Ausfuhr von Waren werden häufig Erstattungen oder Vergünstigungen unter bestimmten Auflagen gewährt (zum Beispiel Erstattungen bei der Ausfuhr von Marktordnungswaren in vorgeschriebene Länder, Verbleib von ausfuhr-genehmigungspflichtigen hochtechnologischen Erzeugnissen). Zweifel, ob solche Waren tatsächlich im anderen Vertragsstaat eingeführt worden und auch verblieben sind, können dadurch beseitigt werden, daß die ordnungsgemäße Einfuhr auf Ersuchen bestätigt wird.

Absatz 2 bestimmt, daß die Zollverwaltung einer Vertragspartei auf Ersuchen der Zollverwaltung der anderen Vertragspartei im Rahmen ihrer Zuständigkeit im Zusammenhang mit Zuwiderhandlungen gegen die Zollvorschriften Überprüfungen, Feststellungen oder Ermittlungen durchführt und das Ergebnis der ersuchenden Zollverwaltung

mitteilt. Außerdem unterrichten sich die Zollverwaltungen auf Ersuchen auch darüber, ob die zur Zollabfertigung vorgelegten Belege (zum Beispiel Ursprungszeugnisse) der anderen Vertragspartei echt und inhaltlich zutreffend sind.

Artikel 6

Bescheide und Entscheidungen der Zollverwaltungen werden zur Zeit in der Regel auf dem diplomatischen Weg im anderen Vertragsstaat zugestellt. Artikel 6 eröffnet eine einfachere Möglichkeit der Bekanntgabe oder Zustellung durch Anwendung des unmittelbaren Geschäftswegs zwischen den Zollverwaltungen der Vertragsparteien.

Artikel 7

Ersuchen nach diesem Vertrag sind – wie in Absatz 1 ausgeführt – schriftlich unter Beifügung der zu ihrer Durchführung erforderlichen Schriftstücke zu stellen. Damit sich die ersuchte Zollverwaltung vergewissern kann, ob ein Ersuchen in den Anwendungsbereich des Vertrags fällt, ist in Absatz 2 geregelt, welche Angaben ein Ersuchen zu enthalten hat.

Artikel 8

An der Bekämpfung des Schmuggels und illegalen Handels mit bestimmten Waren (insbesondere Waffen, Munition, Sprengstoffe, Kulturgüter, Giftstoffe, umweltbelastete Stoffe sowie Alkohol- und Tabakerzeugnisse) besteht abgesehen von dem Rauschgiftschmuggel (vgl. hierzu Artikel 9) ebenfalls ein besonders starkes allgemeines Interesse. Daher ist für diesen Bereich auch unter Berücksichtigung des Artikels 33 Abs. 2 des Vertrags vom 17. Juni 1991 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Polen über gute Nachbarschaft und freundschaftliche Zusammenarbeit (BGBl. 1991 II S. 1314) vorgesehen, daß sich die Zollverwaltungen der Vertragsparteien bezüglich solcher Waren auch unaufgefordert alle Auskünfte über festgestellte oder geplante Handlungen mitteilen, die gegen die Zollvorschriften der anderen Vertragspartei verstoßen oder verstoßen können und für die Zollverwaltung der anderen Vertragspartei bei der Durchführung ihrer Aufgaben von Interesse sein könnten.

Artikel 9

An der Bekämpfung des Schmuggels und des illegalen Handels mit Suchtstoffen und psychotropen Stoffen besteht ein besonders starkes allgemeines Interesse. Daher ist in den Absätzen 1 und 2 im wesentlichen vorgesehen, daß sich die Zollverwaltungen der Vertragsparteien auch unaufgefordert alle Auskünfte über Personen und Beförderungsmittel sowie über die im Zusammenhang mit dem Rauschgiftschmuggel gewonnenen Erfahrungen mitteilen, die für die Zollverwaltung der anderen Vertragspartei bei der Erfüllung ihrer Aufgaben von Interesse sein könnten.

Um eine uneingeschränkte Auswertung der in diesem Bereich erhaltenen Auskünfte zu ermöglichen, sieht Absatz 3 vor, daß die erlangten Erkenntnisse an alle mit der Bekämpfung der Rauschgiftkriminalität sowie auch die übrigen mit der Rauschgiftproblematik befaßten Verwaltungen (zum Beispiel Polizei, Gesundheitsbehörden u. a.) weitergegeben werden dürfen. Nationale Geheimhaltungsvorschriften (wie zum Beispiel das Steuergeheimnis nach § 30 der Abgabenordnung) werden damit ausgeräumt, weil eine erfolgreiche Bekämpfung der Rauschgiftkriminalität

nur durch ein enges Zusammenwirken aller damit befaßten Verwaltungen möglich ist.

Artikel 10

Artikel 10 enthält in Verbindung mit der Anlage zum Vertrag umfassende Bestimmungen zum Schutz von personenbezogenen Daten, die nach diesem Vertrag übermittelt werden. Die Bestimmungen gewährleisten insgesamt ein hohes Schutzniveau.

Artikel 11

Absatz 1 bestimmt, aus welchen Gründen und unter welchen Voraussetzungen eine Unterstützung ganz oder teilweise versagt oder von der Erfüllung bestimmter Bedingungen abhängig gemacht werden kann.

Absatz 2 sieht vor, daß im Falle der Verweigerung der Unterstützung wegen bestimmter Hinderungsgründe etwaige für das Verfahren der ersuchenden Zollverwaltung förderliche Erkenntnisse, die nicht aus den in Absatz 1 genannten Gründen zurückgehalten werden müssen, mitzuteilen sind.

Nach Absatz 3 besteht grundsätzlich die Möglichkeit einer Unterstützung auch in solchen Fällen, in denen es an der Gegenseitigkeit mangelt.

Artikel 12

Hier wird klargestellt, daß die aufgrund dieses Vertrags erhaltenen Auskünfte und Unterlagen als Beweismittel verwertet werden dürfen. Ihr Beweiswert und ihre Verwendung vor Gericht (zum Beispiel Verlesbarkeit in der Hauptverhandlung) richtet sich nach dem innerstaatlichen Recht.

Artikel 13

Nach dieser Bestimmung ist bei der Durchführung der Unterstützungsmaßnahmen und der Erledigung der Ersuchen das Recht der ersuchten Vertragspartei anzuwenden. Damit werden insbesondere auch die Bestimmungen über das Steuergeheimnis, das Amtsgeheimnis und die Geheimhaltung nach dem Bundesstatistikgesetz, abgesehen von Artikel 9 Abs. 3, für anwendbar erklärt. Es wird klargestellt, daß zur Erledigung von Ersuchen es auch zulässig ist, Kopien von Schriftstücken und sonstigen Unterlagen an die ersuchende Zollverwaltung herauszugeben. Die ersuchte Zollverwaltung hat alle zur Durchführung der Ersuchen erforderlichen behördlichen Maßnahmen herbeizuführen. Zwangsmaßnahmen wie Beschlagnahmen und Durchsuchungen sind jedoch nicht anwendbar.

Artikel 14

Hier sind Geschäftsweg und Zuständigkeit geregelt. Der Schriftverkehr findet danach unmittelbar zwischen den Zollverwaltungen (vgl. Artikel 1 Abs. 2) statt. Die Übermittlung von Ersuchen und die Übersendung von Erledigungstücken auf dem diplomatischen Weg werden dadurch nicht ausgeschlossen.

Artikel 15

Aus Gründen der Verwaltungsvereinfachung wird weitgehend auf Kostenerstattung zwischen den Vertragsparteien verzichtet. Ausgenommen von dieser Regelung sind Ent-

schädigungen für Zeugen, Sachverständige sowie für freiberufliche Dolmetscher und Übersetzer.

Artikel 16

Nach Absatz 1 sind die Zollverwaltungen der Vertragsparteien ermächtigt, Fragen der Durchführung des Vertrags soweit wie möglich abzustimmen. Die zur Durchführung des Vertrags erforderlichen Maßnahmen sollen in von den obersten Zollbehörden der Vertragsparteien zu erlassenden Durchführungsbestimmungen festgelegt werden.

Absatz 2 sieht vor, daß Vertreter der Zollverwaltungen im Bedarfsfall die Fragen erörtern, die sich bei der Auslegung und Anwendung des Vertrags ergeben. Die Lösung von Meinungsverschiedenheiten auf dem diplomatischen Weg wird dadurch nicht ausgeschlossen.

Artikel 17

Dieser Artikel enthält die üblichen Schlußbestimmungen über Ratifikation, Inkrafttreten und Kündigung des Vertrags.

Stellungnahme
des Bundesrates

zum

Entwurf eines Gesetzes zu dem Vertrag vom 29. Juli 1992 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Polen über die Zusammenarbeit und die gegenseitige Unterstützung der Zollverwaltungen

Der Bundesrat hat in seiner 653. Sitzung am 5. März 1993 gemäß Artikel 76 Abs. 2 des Grundgesetzes beschlossen, gegen den Gesetzentwurf keine Einwendungen zu erheben.